

Referat zur 6. Vertreterversammlung der ISOR e. V. am 21./22. Oktober 2013

Liebe Vereinsfreundinnen und –freunde, liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste,

Vertreterversammlungen sind immer politische Höhepunkte unserer Initiativgemeinschaft, in denen wir unsere bisherige Arbeit analysieren, die Lage beurteilen und die neuen Bedingungen erläutern unter denen wir unseren Kampf für soziale Gerechtigkeit und die Überwindung allen Rentenunrechts fortsetzen müssen. Das sehen unsere Mitglieder so, wie ebenso alle Sozialverbände und - Vereinigungen, die mit uns gemeinsam solidarisch handeln.

Nur ein Herr sieht das anders. Nach seiner Meinung arbeitet ISOR wie früher die SED. In seinem Buch mit dem diffamierenden Titel „Die Täter sind unter uns“ schreibt er:

„Als höchstes Gremium fungiert der Vorstand, der dem früheren Politbüro ähnelt. Nur alle 4 Jahre dürfen die TIG Delegierte zu einer Vertreterversammlung .- gleichsam den Parteitag von ISOR entsenden.

Dessen Aufgabe ist es den Vorstand zu wählen, der so wie einst bei der SED, vom jeweils amtierenden vorgeschlagen wird.“

Weil sich Dr. Hubertus Knabe der Kraft und Stärke der ISOR bewusst ist, versteigt er sich zu solchen Fehleinschätzungen und Verleumdungen, die uns eigentlich nur zeigen, dass wir auf der Grundlage des Grundgesetzes der BRD und nicht gegen das Grundgesetz politisch und juristisch auf dem richtigen Weg sind und bisher erfolgreich gearbeitet haben. Hätten wir keine Erfolge erzielt, gäbe es auch kein Geschrei um uns.

Weil wir wissen, dass das Recht auf unserer Seite ist, werden wir so lange und intensiv weiter arbeiten, bis in diesem Land soziale Ungerechtigkeit, das Rentenunrecht und die Rentenstrafe überwunden sind.

Der Fortbestand unseres Vereins ist nicht nur für uns und das linke Spektrum der BRD von Bedeutung. Möglicherweise sind uns auch jene dankbar, die uns täglich verketzern und verleumden. Stellt Euch einmal vor, liebe Freunde und Genossen, den Stasi-Jägern sowie weiteren Inquisitoren geht mit ISOR ein wichtiges Objekt ihrer Begierde verloren. Wer sollte in Zukunft im Zentrum ihrer Hetze und Verleumdung stehen? Das könnte für sie Existenz bedrohend werden und sie fallen in die Bedeutungslosigkeit. Das betrifft auch die ihnen zugeordneten Medien.

So berichtete das ZDF am 9. Oktober dieses Jahres über die erfolgreiche Klage des Linkspolitikers Bodo Ramelow vor dem Bundesverfassungsgericht, der nicht mehr vom Verfassungsschutz beobachtet werden darf. Dabei wurde jedoch die weitere Überwachung von Gliederungen und Abgeordneten der Partei DIE LINKE gerechtfertigt, u.a. mit deren Kontaktpflege zu Extremisten und Altkadern, die die Bundesrepublik in Frage stellen, wie ISOR. Gezeigt wurden dazu Bilder von einer ISOR-Veranstaltung in Erfurt mit der Vorsitzenden des Petitionsausschusses Kersten Steinke, bei der eine kleine Gruppe von Bratwurst essenden alten Männern zu sehen war, die „ISOR aktuell“ unter den Arm geklemmt hatten.

Stellt Euch einmal vor, unsere Kapitalgesellschaft hat keine Münchhausen mehr oder nur noch Lügenbarone ohne Bedeutung. Kaum auszudenken, da in der heutigen Welt – von Washington bis Sibirien – die Volksseele durch Lügen in Schach gehalten und beruhigt werden muss. Sie sind zur Erhaltung der Macht des Kapitals ein unentbehrlicher Dauerbrenner geworden.

Also ihr Herren und Damen Stasijäger: Wir versichern euch, ISOR wird weiter bestehen und als Euer Gegenpol mit allen rechtlichen und uns zur Verfügung stehenden Mitteln den Kampf um Gerechtigkeit auch in Zukunft führen. Damit habt ihr auch Stoff für die nächsten Jahre...

Die Bundestagswahlen liegen hinter uns. Sie haben an den politischen Machtverhältnissen in Deutschland nichts geändert und auch ein angekündigter Politikwechsel ist weder von einer großen Koalition noch von einer schwarz-grünen Koalition zu erwarten. Die CDU/CSU hat nur knapp die absolute Mehrheit verfehlt und die Karte der Wahlkreise zeigt, dass wir – auch im Osten - in einer schwarzen Republik leben.

Auch wenn die FDP als Klientel-Partei der Großverdiener aus dem Bundestag geflogen ist, auch wenn die CDU/CSU mit Lohnuntergrenzen, Lebensleistungsrente, angedachten Mütterrenten, Mietpreisbremsen oder einer spürbaren Rentenerhöhung im Osten soziale Themen zaghaft aufgegriffen hat, am neoliberalen Kurs wird sich ebenso wenig etwas ändern wie an der antikommunistischen Grundrichtung.

Wir müssen feststellen, dass die von den kapitalhörigen Medien ausgehende und auf dreisten Fälschungen und Lügen aufgebaute Propaganda große Teile der Bevölkerung erreicht hat. So wird die faktische Subventionierung von Finanzspekulationen als Stabilitätspolitik für Europa, die Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse als erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik und die drastische Erhöhung der Energiepreise als Folge der Energiewende wahrgenommen.

„Deutschland geht es gut“ erscheint als Kontrast zu den Verhältnissen in Griechenland, Spanien, Italien und Portugal einleuchtend und bedient Instinkte nationaler Überheblichkeit bei Ausblendung des deutschen Anteils an der ganzen Misere.

Taktisch klug hat die alte Bundesregierung auch vermieden, als Kriegstreiber in der Syrienfrage aufzutreten. Das überdeckte die Tatsache, dass alle im Bundestag vertretenen Parteien außer den LINKEN zu den Befürwortern und Unterstützern kriegerischer Abenteuer zu zählen sind.

Von der erdrückenden Mehrheit dieser Parteien haben wir bei der Verfolgung unserer Anliegen auch in Zukunft nichts zu erwarten. Die Hetze gegen die DDR und ihre bewaffneten Organe wird sich zur Legitimation des herrschenden Systems eher noch verstärken und perfektionieren.

Wir freuen uns über den Wahlerfolg der LINKEN, vor allem angesichts der Tatsache, dass noch vor einem Jahr offen war, ob sie überhaupt die 5 % - Hürde überspringen kann. Dabei übersehen wir aber nicht, dass gegenüber 2009 erhebliche Verluste an Wählerstimmen, noch mehr im Osten als im Westen zu verzeichnen sind und außer in Berlin keine Direktmandate verteidigt werden konnten.

Die LINKE bleibt aber auch nach diesen Wahlen eine einflussreiche politische Kraft, stellt die drittstärkste Fraktion im Bundestag und kann im Fall einer großen Koalition sogar Oppositionsführerin werden.

Wir werden uns bemühen, mit der Partei DIE LINKE auch weiterhin konstruktiv zusammenzuarbeiten.

Insgesamt müssen wir davon ausgehen, dass sich die politischen Rahmenbedingungen unseres Kampfes nicht wesentlich verändern werden. Das wird uns aber nicht davon abhalten unsere Ziele konsequent und energisch weiter zu verfolgen.

Liebe Freunde,

Als ISOR vor mehr als 22 Jahren gegründet wurde, konnte niemand ahnen, wie langwierig und beschwerlich unser Kampf gegen die soziale Ausgrenzung und

Diskriminierung der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR werden würde. Wir haben auf diesen Weg beachtliche Erfolge erzielt, uns durch Niederlagen nicht entmutigen lassen, uns immer wieder neu motiviert und unsere Standhaftigkeit bewiesen.

Nachdem bekanntermaßen das Bundesverfassungsgericht unsere Verfassungsbeschwerde aus dem Jahr 2002 als unzulässig verworfen hatte, bestätigte 2004 eine außerordentliche Mitgliederversammlung den schon in einer Mitgliederbefragung im Jahre 2001 bekundeten Willen der überwältigenden Mehrheit der Mitglieder der ISOR, den Kampf bis zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts vor allem auch mit juristischen Mitteln fortzusetzen. Die willkürliche Rentenkürzung aus politischen Gründen war, ist und bleibt schweres Unrecht, das wir nicht einfach hinnehmen.

Ziel ist letztendlich, eine grundgesetzkonforme Regelung für alle ehemaligen Mitarbeiter des MfS zu erreichen. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt wurde eine komplizierte Wegstrecke zurückgelegt, die mit dem gerichtlich erkämpften Zugriff zu amtlichen Daten begann und deren Auswertung, sozialwissenschaftliche Begutachtung sowie die verfassungsrechtliche Bewertung des § 7 AAÜG im Lichte des Grundgesetzes als Voraussetzung für die Beschreitung des Rechtsweges ihren Fortgang nahm. In mehreren tausend Verwaltungs- und Sozialgerichtsverfahren haben die Betroffenen ihre Ansprüche geltend gemacht.

Zur Zeit liegen neben den

- 5 Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht
- 2.400 Klagen bei den Sozialgerichten
- 68 Berufungsverfahren bei den Landessozialgerichten
- 2.000 Verwaltungsverfahren gegenüber den Versorgungsträgern

an.

Seit der Gründung von ISOR haben wir

- 13 Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht eingereicht,
- 27.000 Verfahren an die Sozialgerichte gebracht und
- 80.000 Widerspruchsverfahren bei den Versorgungsträgern eingereicht.

Mit dem Erfolg, dass bis auf wenige Ausnahmen alle Angehörigen der NVA, der Grenztruppen, der Volkspolizei, Feuerwehr, des Strafvollzuges und des Zolls aus der Rentenstrafe entlassen wurden. Für die Angehörigen des MfS wurde sie abgemildert. Nicht unerwähnt bleiben darf die Einbeziehung von Zulagen und Zuschlägen in die Rentenberechnung im Land Brandenburg.

Wir sollten unseren Rückblick auf das Jahr 1990 und die folgenden Jahre nicht vergessen. Das scheint mir wichtig für unsere bisherige erfolgreiche Bilanz und hat etwas mit unserem begründeten Optimismus zu tun.

Es war richtig unsere Freunde in jede Etappe unseres Weges einzubeziehen, sie umfassend über den Inhalt der Gutachten zu informieren und mit allen TIG über Probleme und Ergebnisse der Verfahren zu beraten.

So konnte erreicht werden, dass der Weg nach Karlsruhe nicht nur unterstützt, sondern mitgetragen wurde. Das war auch der Zeitraum, in dem unsere von 73.500 Unterzeichnern getragene Petition übergeben und durch öffentliche Anhörung im Bundestag besonderes politisches Gewicht erhielt. Das war in der Geschichte der ISOR ein einmaliger Erfolg.

Natürlich gab es auch Niederlagen. Aus der Nichtannahme der Verfassungsbeschwerden 2004 haben wir die notwendigen Schlussfolgerungen gezogen. Die nunmehrigen Verfassungsbeschwerden sind nicht schlechthin eine

Fortsetzung des bisherigen Kampfes gegen das Rentenstrafrecht, sondern stellen eine neue Qualität dar. Die mit den Gutachten erstmals dargestellten neuen Tatsachen und rechtlichen Wertungen, die dem Gericht seinerzeit nicht bekannt waren, sind zweifelsfrei rechtserheblich und ermöglichen es dem Bundesverfassungsgericht, eine andere als die bereits ergangene Entscheidung zu treffen.

Dafür die inhaltlichen Voraussetzungen geschaffen zu haben ist auch das bedeutende Resultat gemeinsamer Abstimmung durch die Rechtsanwälte Benno Bleiberg und Dr. Bernfried Helmers, zwischen ISOR und der IGA sowie der Einbeziehung herausragender Fachexperten.

In der Gewissheit, dass das Bundesverfassungsgericht dem Geist und Buchstaben des Grundgesetzes verpflichtet ist, sind hohe Erwartungen an eine positive Entscheidung begründet und gerechtfertigt. Es wird dann zu entscheiden sein, welchen Einfluss ISOR auf eine zügige Umsetzung der Entscheidung durch den Gesetzgeber zu nehmen hat. Auch für den Fall einer denkbaren Zurückweisung der Verfassungsbeschwerde ist der Kampf gegen das Rentenstrafrecht nicht beendet. Der innerstaatliche Rechtsweg ist dann ausgeschöpft.

Eine Anrufung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, der UNO oder anderer internationaler Gremien und geeignete politische Aktivitäten sind dann in Erwägung zu ziehen. Vorab ist aber jede Spekulation nicht zielführend, das betrifft auch den Zeitpunkt der zu erwartenden Entscheidung.

Unabhängig davon, zu welchen Ergebnis die Verfassungsbeschwerden zum § 7 AAÜG führen, die dafür verantwortlichen Rechtsanwälte Benno Bleiberg und sein Kollektiv sowie Dr. Bernfried Helmers haben – wie auch die Gutachter Dr. Mieth, Prof. Dr. Weißbach und Prof. Dr. Dr. Merten – das aus unserer Sicht Menschenmögliche getan, um der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen. Wir bitten Sie, dafür unseren tiefempfundenen Dank und unsere hohe Wertschätzung entgegenzunehmen.

An dieser Stelle ist anzumerken, dass sich die Tätigkeit der Rechtsanwaltskanzlei Bleiberg mit den Klagen und Verfassungsbeschwerden zum § 7 AAÜG nicht erschöpft hat.

Zahlreiche Verfahren werden mit dem Ziel der Anerkennung von Zulagen und Zuschlägen als Arbeitseinkommen und damit rentenwirksame Leistungen bei den Sozialgerichten und Landessozialgerichten geführt. Eine letztendlich vom Bundessozialgericht zu treffende klärende Entscheidung ist in absehbarer Zeit denkbar.

ISOR hat auf dem Rechtsweg erreicht, dass Mitarbeiter des MfS einen Dienstbeschädigtenausgleich erhalten und das dieser schließlich auch in Ost und West in gleicher Höhe gezahlt wird. Offen blieben Ansprüche auf rückwirkende Nachzahlungen.

Das BSG hat am 31.07.2013 entschieden, dass rückwirkende Zahlungen aus der Angleichung des Dienstbeschädigtenausgleichs Ost-West nicht erfolgen. Eine andere Entscheidung ist auch in den von uns vertretenen Verfahren nicht zu erwarten.

Kompliziert gestaltet sich die Weiterführung von Klagen von Verfahren gegen die vom Rentenstrafrecht weiterhin betroffenen ehemaligen verantwortlichen Funktionsträger der DDR (§ 6 Absatz 2 AAÜG).

Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 2010 die geltenden begrenzenden Regelungen für ehemalige Minister / Stellvertretende Minister als mit dem Grundgesetz vereinbar erklärt. Eine Individualbeschwerde beim Europäischen

Gerichtshof für Menschenrechte blieb erfolglos. Die gegenwärtige Rechtsprechung der Instanzgerichte geht davon aus, dass die vorliegende Entscheidung zu Ziffer 4 des § 6, Absatz 2 auch für die übrigen 8 betroffenen Personengruppen (Leiter von Wehrkreiskommandos, Leiter von VPKÄ usw.) gültig ist. Ein Landessozialgericht hat z. B. die Klage der Witwe des Abteilungsleiters Allgemeine Kriminalität der Generalstaatsanwaltschaft der DDR zurückgewiesen und sich dabei ausdrücklich auf das erwähnte Verfassungsgerichtsurteil berufen. Deshalb wird durch ISOR eine Verfassungsbeschwerde von RA Helmers in diesem Fall solidarisch unterstützt, mit der eine Klarstellung durch das Bundesverfassungsgericht für die von den Ziffern 1 – 3 und 5 – 9 des § 6, Absatz 2 Betroffenen angestrebt wird. Auch in der Kanzlei Bleiberg wird geprüft, geeignete Verfahren zu aktivieren.

Liebe Freunde,

...Um es noch einmal zu wiederholen: Wir sind überzeugt, dass mit unseren solide erarbeiteten sozialwissenschaftlichen und verfassungsrechtlichen Gutachten Dokumente vorliegen, die nicht einfach vom Tisch gewischt werden können.

Kommt es zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, bedeutet das, dass die von uns präsentierten neuen rechtserheblichen Tatsachen anerkannt und deshalb mit hoher Wahrscheinlichkeit die gegenwärtige Rechtslage für die ehemaligen Angehörigen des MfS zum Positiven verändert wird. Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum § 7 AAÜG muss das entsprechende Urteil allerdings erst durch den Bundestag umgesetzt werden. Hier sind dann besondere Aktivitäten von ISOR gefragt, um die Verabschiedung der betreffenden Gesetzesänderungen möglichst zu beschleunigen und die vollständige und korrekte Umsetzung der Vorgaben der Bundesverfassungsrichter abzusichern. Das wäre auch der Zeitpunkt, um an unsere von 73.500 Unterzeichnern getragene Petition zu erinnern, die unter der gegenwärtigen politischen Konstellation keine Aussicht auf eine Befürwortung durch Bundestagsmehrheiten hat.

Selbst den Optimisten unter uns dürfte klar sein, dass bei einem positiven Ausgang unseres juristischen Kampfes noch mehrere Jahre vergehen werden, bis das Rentenstrafrecht des § 7 AAÜG völlig beseitigt oder wenigstens weiter abgemildert wird.

Völlig anders ist die Situation, wenn über unsere Verfassungsbeschwerden negativ entschieden wird.

Damit würde für die Arbeit der ISOR eine folgenschwere Zäsur eintreten. Da der nationale Rechtsweg beendet wäre, müsste die juristische Auseinandersetzung auf die internationale Ebene getragen werden. Es wäre also noch einmal zu prüfen, ob der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte angerufen werden kann, Die von dort bereits getroffenen Entscheidungen zum § 7 und zum § 6 , Absatz 2, Ziffer 4 (Minister und Stellvertretende Minister der DDR) sprechen dagegen. Offen bliebe die Anrufung des Menschenrechtsrates der UNO oder anderer internationaler Gremien in enger Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Vereinen, insbesondere der GBM.

Insgesamt würde unser Rentenkampf damit völkerrechtliche Dimensionen annehmen und die Einbeziehung der internationalen Öffentlichkeit erfordern.

Um gedanklichen Vorlauf für den von uns nicht gewünschten, aber auch nicht auszuschließenden Fall der Zurückweisung unserer Verfassungsbeschwerden zu schaffen, hat der Vorstand eine Arbeitsgruppe gebildet. Unter Leitung von Prof. Dr. Horst Bischoff wurden – insbesondere auch in Konsultation mit erfahrenen

Funktionären unseres Vereins – Vorschläge und Überlegungen zusammengetragen, die wir heute zur Diskussion stellen.

Wir haben also die Frage zu beantworten: Wie geht es weiter mit ISOR, wenn das Bundesverfassungsgericht – wie schon im Jahre 2004 – unsere Verfassungsbeschwerden erneut zurückweist, bzw. hat ISOR unter dieser Voraussetzung überhaupt eine Perspektive?

Wir können und müssen heute darüber nicht endgültig entscheiden, aber wir sollten uns darauf verständigen, die Diskussion über die Zukunft unseres Vereins in die Mitgliedschaft zu tragen und dabei herauszufinden, welche inhaltliche und organisatorische Form unser Verein in Zukunft haben soll. Die zu erwartende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ist dabei zweifellos von Bedeutung und wird die Entscheidung der Mitglieder sicher stark beeinflussen.

Bei der Mitgliedschaft überwiegt nach unseren Feststellungen der Wille zum Erhalt der Organisation aus wohlerrwogenen sozialen und politischen Erwägungen.

Es dominiert der Wille zum Zusammenhalt mit Gleichgesinnten in einer Gesellschaftsordnung, die sich zur Integration Andersdenkender als unfähig erwiesen hat. Man vertraut eher auf erwiesenermaßen belastbare Kontakte und bewährte Freundschaften unter gleichermaßen Betroffenen von staatlich verordneter gesellschaftlicher Ausgrenzung und regelmäßig öffentlicher, vor allem medialer Diskriminierung. Die TIG werden von ihren Mitgliedern deshalb vielfach als ihre politische Heimat angesehen und das sollten sie auch bleiben. Denn Solidarität war, ist und bleibt die wichtigste Grundlage unserer Arbeit.

In der bestehenden Parteienlandschaft wird zumeist keine politische Entsprechung wahrgenommen, der man sich vorbehaltlos anvertrauen könnte. Vielmehr dominiert Parteien gegenüber verbreitet Skepsis. Dabei bildet auch DIE LINKE keine Ausnahme.

Auf Führungsebenen der Partei bis auf persönliche Ausnahmen wird eine deutliche Distanz zu ehemaligen Mitarbeitern bewaffneter Organe (nicht nur des MfS) und eine zunehmende Distanzierung zur DDR selbst wahrgenommen. Dennoch werden politische Erwartungen an eine starke Oppositionsfraktion der Partei DIE LINKE im Bundestag geknüpft und ihre Unterstützung für alternativlos gehalten. Unser gemeinsame Wahlauf Ruf wurde zustimmend reflektiert.

Da nicht absehbar ist, dass sich im Umgang mit uns Sachlichkeit oder Vernunft durchsetzen werden, ist es unumgänglich, gemeinsam mit befreundeten Vereinen und Verbänden konsequent gegenzuhalten. Wir würden es begrüßen, wenn sich unsere Mitglieder, wo immer es möglich ist, in persönlichen Gesprächen, in Leserzuschriften oder Auftritten in entsprechenden Gremien aktiv in den Kampf gegen Verleumdung und Diskriminierung einbringen und Gegenwehr leisten.

Die beste Gegenwehr gegen die permanente Delegitimierung und Beschimpfung, Diskriminierung und Ausgrenzung der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR ist die Wahrheitsverkündung über unser Leben und unser solidarischer Zusammenhalt.

Wir sollten den nachfolgenden Generationen mit aller Eindeutigkeit hinterlassen, dass durch den aufopferungsvollen Dienst, die Pflichterfüllung jedes Einzelnen von uns der Friede im Kalten Krieg gerettet wurde. Wie furchtbar würde die heutige Welt aussehen, wenn es uns nicht gelungen wäre ein atomares Inferno zu verhindern.

Nicht unerwähnt darf bleiben, dass wir den Umbruch der gesellschaftlichen Verhältnisse 1989 / 1990 friedlich begleitet haben. Bedauerlicherweise findet das bis heute keine Anerkennung.

Der Kalte Krieg wurde bekanntlich von beiden Seiten mit aller Härte geführt und niemand ist damit gedient, wieder in die alten Schützengräben zurückzukehren.

Aber es ist notwendig - wie es bereits in einigen TIG zur Praxis geworden ist - dass möglichst viele Mitglieder zur Feder greifen und ihre Lebensgeschichte niederschreiben und hinterlegen. Ein geeigneter Platz dafür ist die „Erinnerungsbibliothek der DDR“ – ein eingetragener Verein, der inzwischen Mitglied des OKV geworden und mit ISOR verbunden ist..

Soziale Erwägungen sind aus der Notwendigkeit und dem Bedürfnis entstanden, ein de facto „nebenher“ entstandenes und heute real bestehendes soziales Netzwerk zu pflegen und zu unterhalten, das oft zum einzigen sozialen und politischen Halt über den familiären Kreis hinaus geworden ist (namentlich bei Freunden mit Wohnsitz außerhalb größerer Städte).

Von daher resultiert auch ein deutlich enger Zusammenhalt der Mitgliedschaft auf der Ebene der TIG.

Einen besonders hohen Stellenwert im sozialen Zusammenhalt der Gruppen hat die allgemein konstante solidarische Mitgliedschaft ehemaliger Angehöriger des Mdl, der NVA und der Zollverwaltung der DDR, die 20 % unserer Mitglieder stellen. Sie durchbrechen bewusst die staatlich verordnete Isolierung ehemaliger Mitarbeiter des MfS, die sonst im Alltagsleben oft Platz greift. Die von ihnen ausgehenden Vernetzungen mit anderen Interessengruppen (z. B. Traditionspflege der NVA; sich in den letzten Jahren stärker ausprägende, sehr selbstbewussten Aktivitäten in Publikationen aus dem Bereich der Volkspolizei und der NVA, auf dem Gebiet der Erinnerungsliteratur usw.) bewirken eine Festigung des Zusammenhalts und unterstreichen den Wert z.B. von Buchlesungen und Problemdiskussionen.

Wir übersehen nicht, dass bei einem Teil unserer Mitglieder angesichts der Langwierigkeit unseres Kampfes Enttäuschungen und Resignation, Ermüdung und selbst Austrittsgedanken um sich greifen. Das wachsende Durchschnittsalter der Mitglieder von derzeit 72,7 Jahren sowie das der Funktionäre von etwas über 74 Jahren und damit zunehmende gesundheitliche Belastungen führen zu ernsthaften Problemen.

Einzelne kleinere TIG haben sich bereits aufgelöst, weil Funktionen nicht mehr besetzt werden konnten. In diesen Fällen hat sich der Zusammenschluss mit benachbarten TIG bewährt. Interessant ist in diesem Zusammenhang das Modell der 15 TIG im Raum Potsdam, die bestimmte Aufgaben (Rechtsberatung, Kassierung, Kassenprüfung, größere Veranstaltungen) in einer Koordinierungsgruppe für alle TIG gemeinsam erledigen.

Wo ein Zusammenschluss bzw. eine Angliederung an andere TIG nicht möglich war, werden Mitglieder solcher nicht mehr existierenden TIG als Einzelmitglieder betreut und de facto wie fördernde Mitglieder behandelt. Sie überweisen ihre Beiträge und erhalten unser Miteilungsblatt per Post. Das kann allerdings nur die letzte aller Lösungen sein. Wichtig erscheint uns vor allem der persönliche Kontakt der Mitglieder untereinander, der notfalls auch auf telefonischem Weg aufrechterhalten werden kann.

ISOR ist ein sehr lebendiger Verein, auch wenn sich unsere Mitgliederzahlen durch Todesfälle verringern und wir jetzt nur noch 19.249 Mitglieder haben. 25% unserer Mitglieder sind jünger als 65 Jahre. Oft noch berufstätig, treten sie in den TIG relativ

wenig in Erscheinung. Das Erscheinungsbild unserer TIG wird deshalb von den Älteren geprägt.

Deren aufopferungsvoller Einsatz ist es, der die TIG zusammen und arbeitsfähig hält. ISOR ist nur so stark, wie sich immer wieder Mitglieder finden, die Initiativen entwickeln, Aufgaben übernehmen und diese gewissenhaft und zuverlässig erfüllen. Allen diesen Mitgliedern gilt unser Respekt und unser herzlicher Dank für ihren selbstlosen Einsatz. Wir danken aber auch jenen langjährigen Mitgliedern, die aus Alters- und Gesundheitsgründen nicht mehr am Vereinsleben teilnehmen können, aber sich über viele Jahre um den Aufbau und die Festigung unseres Vereins verdient gemacht haben.

Unsere derzeitige Organisationsstruktur vom Vorstand über die TIG bis zur Mitgliederbetreuung hat sich nicht nur bewährt, sondern ist Ausdruck der Stärke und Leistungsfähigkeit unseres Vereins. Über die TIG-Vorstände und die Gruppenbetreuer ist praktisch monatlich mit der Übergabe von „ISOR aktuell“ der Kontakt vom Vorstand bis zum einzelnen Mitglied gesichert. Was unsere Gruppenbetreuer, die oftmals selbst schon gesundheitliche und altersbedingte Probleme haben, dabei leisten, verdient höchste Würdigung.

Wenn wir über die Zukunft von ISOR sprechen, dürfen wir nicht vergessen, dass unser Verein im Verbund mit anderen Verbänden und Vereinen, im linken politischen Spektrum, in sozialen Bündnissen und Seniorenvertretungen auf regionaler Ebene einen geachteten Platz einnimmt, von der Mitgliederstärke her oftmals sogar deren wichtigste Basis darstellt.

ISOR hat gegenwärtig ein Vielfaches der Mitglieder im Verhältnis zu allen linken Splitterparteien und steht unter den Sozialvereinen im Osten Deutschlands nach der Volkssolidarität und dem VDBG an dritter Stelle. Wir haben im Osten mehr Mitglieder als die SPD, die GRÜNEN oder die FDP.

Diese politische Kraft darf auch in Verantwortung für linke und soziale Politik nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

ISOR wurde zweckgebunden gegründet zur Hilfe insbesondere (nicht ausschließlich !) für ehemalige Angehörige der NVA, der VP / des Mdl, des MfS und der Zollverwaltung der DDR, die wegen ihrer früheren Tätigkeit Beschränkungen / Verletzungen ihrer sozialen Rechte unterliegen (§ 2 Satzung).

Diese Formulierung hatte gute Gründe und ist weder eine personelle Einschränkung auf frühere Tätigkeitsgebiete der Mitglieder noch eine sachliche oder gegenständliche (§ 2 Abs. 2) auf allein renten- und krankenversicherungsrechtliche Fragen, sondern gibt allein Schwerpunktrichtungen an, auf die auch künftig nicht verzichtet werden kann und darf.

Übergeordnet bleiben politisch begründete Beschränkungen, Angriffe auf oder Verletzungen sozialer Ansprüche und Bürgerrechte, die mit der Wahrung verfassungsrechtlicher Grundrechte der Bürger zu tun haben, unabhängig von deren Auffassung zur jeweiligen Ordnung oder Formierung der Gesellschaft, unbeschadet früherer Tätigkeiten, Einstellungen oder Glaubensbekenntnissen und unabhängig von etwaigem Wohlverhalten zur jeweiligen Regierung. Insofern ist ISOR eine an den Bürger- und Menschenrechten sozialrechtlich orientierte Vereinigung mit der gegenwärtig vorrangigen Arbeitsaufgabe des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht. Rentenstrafrecht als vorrangige Aufgabe deswegen, als es soziale Betroffenheiten auch infolge des Rentenstrafrechts gibt, die schon jetzt problematisch sind bzw. werden können, wenngleich wir sie noch nicht oder kaum thematisieren, z. B.:

- dass die sinkenden Rentenerträge bei deutlich steigenden Mieten zu Bedrohungen werden können (und z. T. schon jetzt sind),
Es bleibt zu überlegen, wie wir reagieren, um unseren Genossen zu helfen wenn der Bedarf besteht, ohne selbst zu einem Mieterverein mutieren zu wollen (die meisten Mieterschutzvereine lehnen übrigens gegenwärtig noch eine Kooperation mit ISOR als Organisation ab).
- dass der Kampf um Mindestrente auch uns berührt (die jetzigen LINKEN – Forderungen liegen im Zahlbetrag über vielen Rentenerträgen unserer Freunde, die vom Rentenstrafrecht betroffen sind.) Hier können sich möglicherweise neue und zusätzliche Kampferfordernisse ergeben für die Anhebung der Zahlbeträge unterer Tabellenwerte.
Dies aber auch insoweit, als eine Anhebung der Rentenuntergrenze auch zu Relationsverschiebungen zu jetzt höher bewerteten Ansprüchen führen, - wie weit das hinnehmbar ist, bleibt vorerst offen.
- die Belastungen durch andauernde Berufsverbote berühren verfassungsrechtliche Fragen bis hin zu andauernden Beschränkungen z.B. dem lebenslangen Entzug des passiven Wahlrechts bzw. die Aberkennung von Mandaten, was auch jüngere Freunde betrifft
- Infolge wachsender Widerstände gegen politische Ausgrenzungen und soziale Bedrückung kommt es zur Bedrohung von Mitgliedern (gegenwärtig vor allem in Gestalt der Strafverfolgung bei so genannten „Äußerungsdelikten“, was sich rasch aufschaukeln kann auch zu medialen Treibjagden). Es gilt den Anfängen zu wehren und Präzedenzfälle der Einschränkung von Bürgerrechten nicht zuzulassen. Das verlangt unsere organisierte Aktivität zum Schutz und zur Verteidigung von im Grundgesetz garantierten Rechten und Freiheiten, die nicht zwingend anderen Organisationen allein abverlangt werden kann.

Neben solchen, unsere Mitglieder speziell betreffenden politischen und sozialen Problemen existieren gemeinsame Arbeitsfelder ostdeutscher Vereine und Verbände, deren wirksame Unterstützung durch ISOR in unserem ureigensten Interesse liegt. Die letzte spürbare Rentenanpassung von 3,25 % hat jeden verdeutlicht, dass der politische Druck zur Anpassung der Renten Ost an West Ergebnisse gebracht hat, und zugleich die noch erreichbaren Verbesserungen konkret werden lassen. Noch beträgt der Abstand zu den Westrenten 8,5 %.

Wir sollten im Auge behalten, dass die Einführung eines Mindestlohnes von 8,50 € für die Ostrentner eine Rentenerhöhung von 2,8 %, bei einem Mindestlohn von 10,- € sogar von 4,8 % bedeuten würde.

Die Rücknahme der geplanten Absenkung des Rentenniveaus gegenüber dem Lohnniveau hätte ebenso wie die Rückkehr zu einem Renteneintrittsalter von 65 Jahren erhebliche Auswirkungen für alle Neurentner in Ost und West.

Diese Aufzählung ist nicht vollständig und muss unbedingt um politische Forderungen erweitert werden, die schon wegen der Lebensbiografien unserer Mitglieder auch unsere Anliegen sind. Ich nenne hier beispielhaft den Kampf gegen Kriegseinsätze und Rüstungsexporte, antifaschistische Aktionen oder die Zurückweisung von Geschichtsfälschungen.

Die in unserer Satzung festgelegte parteipolitische Unabhängigkeit, bedeutet nicht Neutralität, wie einzelne Mitglieder und Außenstehende glauben, oder gar, dass ISOR ein unpolitischer Verein ist. Die Durchsetzung unserer Interessen ist neben dem juristischen Kampf nur möglich mit politischen Bündnispartnern und politischen

Mitteln. Das ist der eigentliche Hintergrund für unser Engagement für die Partei DIE LINKE, die als einzige Partei im Bundestag gegen das Strafrechtssystem ankämpft, aber auch in zahlreichen anderen wichtigen Fragen - im Gegensatz zu den anderen etablierten Parteien - mit den politischen Positionen der ISOR übereinstimmt, so insbesondere auch in den Fragen von Krieg und Frieden.

Insgesamt geht es also darum, ISOR als notwendige und originäre Interessenvertretung der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR zu erhalten und noch stärker auf gesellschaftspolitische Einmischung zu orientieren.

In diesem Zusammenhang wurde auch ein möglicher Zusammenschluss mit anderen Verbänden und Vereinen erwogen. Das ist aber keine aktuell anstehende und einfach nur administrativ zu lösende Frage. Wir befürworten eine immer engere Zusammenarbeit mit den im OKV vertretenen Vereinen, insbesondere mit der GRH, der GBM, dem „Rotfuchs“ und den neu gebildeten Verein zur Traditionspflege der NVA und der Grenztruppen der DDR, mit denen bereits jetzt auf örtlicher Ebene viele gemeinsame Veranstaltungen organisiert oder geplant werden.

Gründlich diskutiert wurde auch, ob es notwendig wird, die Satzung der ISOR zu verändern. Nach reiflichen Überlegungen empfiehlt der Vorstand, die bisherige Satzung unverändert beizubehalten. Sie wurde durch das Registergericht nach gründlicher Prüfung akzeptiert. Wir sind damit bisher gut gefahren, und zwar gerade, weil die Formulierungen zum Zweck des Vereins eine flexible Auslegung ermöglichen. Der Kampf gegen soziale Diskriminierung erfordert geradezu den Kampf gegen politische Diskriminierung zu führen, die schließlich die Voraussetzung und Begründung der sozialen Benachteiligungen ist. ...

Zur finanziellen Situation unserer Initiativgemeinschaft.

Die weitere Zukunft von ISOR wird auch durch deren finanzielle Sicherstellung maßgeblich mit bestimmt.

Seit mehreren Jahren übersteigen die Ausgaben der ISOR die Einnahmen. In diesem Verhältnis verringerten sich auch unsere finanziellen Reserven.... Dieser Rückgang ist z.T. auf die außergewöhnlichen Belastungen im Zusammenhang mit den Verfassungsbeschwerden, den dazu nötigen Recherchen und den dafür erstellten Gutachten zurückzuführen. Aber auch sinkende Mitgliederzahlen führen zu erheblichen Ausfällen bei Beiträgen und Spenden und damit zur Schwächung unserer finanziellen Mittel. Trotzdem müssen wir auch unter solchen Bedingungen die finanzielle Basis der Vereinsarbeit über längere Zeit sichern, um künftige Aufgaben unseres Vereins erfüllen zu können.

Seit unserer letzten Vertreterversammlung sind 2.203 unserer Mitglieder verstorben und 1.780 ausgetreten. Dem stehen nur 1050 Neuaufnahmen gegenüber. Damit hat sich der Mitgliederbestand aktuell auf 19.249 verringert.

Dazu kommt, dass sozial bedingte Beitragsminderungen jährlich ca. 12.000,- € weniger Beitragseinnahmen bedeuten.

Wir sind also angehalten, immer wieder nach Einsparmöglichkeiten zu suchen.

2013 haben wir erfolgreich begonnen, bei unseren größten Ausgabepositionen, den Personalkosten und den Kosten für die anwaltliche Vertretung in Größenordnungen einzusparen. Diese Einsparungen werden 2014 voll wirksam und betragen insgesamt ca. 75.000,- €.

2014 werden wir auch daran gehen müssen, wenigstens einen Geschäftsraum von ISOR aufzugeben und dadurch jährlich ca. 2.100,- € Miete zu sparen.

Wenn wir alle Ausgaben auf den Prüfstand stellen, müssen wir das ohne Tabus tun.

Wir können aber nicht dort sparen, wo es sich um für den Erhalt unseres Vereins unbedingt notwendige Ausgaben handelt. Das betrifft die Aufwendungen für „ISOR aktuell“, deren monatliches Erscheinen sozusagen als Rückgrat unserer Organisation, als wichtigstes Bindeglied zu unseren Mitgliedern auch im jetzigen Umfang alternativlos erscheint. Die geschaffene Möglichkeit des Bezuges unseres kompletten Mitteilungsblattes über das Internet wurde bisher von 81 Mitgliedern angenommen.

Ein Wort zu den Werbebeilagen in unserem Mitteilungsblatt, die uns nach Abzug der Portokosten monatlich ca. 200,- € in die Vereinskasse bringen. Mehrere Mitglieder haben sich empört an den Vorstand gewandt, weil u.a. Bücher eines HVA-Verräters beworben wurden. Das war Anlass für ein Gespräch mit dem Leiter der Redaktion „Unsere Buchempfehlungen“. In diesem Gespräch wurde zugesichert, künftig mehr Rücksicht auf die Empfindungen unserer Mitglieder zu nehmen. Bücher von erklärten Feinden sollen nicht mehr bei uns beworben werden. Viele Verlage, darunter alle, die linke Literatur vertreiben, kämpfen ums Überleben und sind deshalb gezwungen mit reißerischer Werbung zu agieren und auch Schund zu vertreiben. Wir bitten dafür um Nachsicht und Toleranz. Eine ideologische Zensur durch uns kann es und wird es nicht geben.

Nicht sparen wollen wir auch bei den Ausgaben für die Vereinsarbeit selbst, d. h. bei allem, was wir als „Mitgliederpflege“ abrechnen.

Was sich in vielen Jahren als effektiv bewährt hat, brauchen wir nicht infrage zu stellen. Die zentrale Führung unseres Vereins mit Vorstand, Beirat und Landesbeauftragten hat sich als effektiv erwiesen, zumal die Kontrahenten bei unseren politischen und sozialen Forderungen hauptsächlich auf der Bundesebene angesiedelt sind.

Eine Reduzierung der Reisekosten durch Kürzung der Kilometer-Pauschale würde gerade diejenigen Mitglieder treffen, die besonders intensiv im Auftrag unseres Vereins unterwegs sind. Auch generelle Einsparungen von Fahrten und Reisen würden zur Einschränkung der Vereinsarbeit führen.

ISOR unterstützt durch Organisations-Mitgliedsbeiträge sowohl das OKV als auch das antifaschistische Erholungsheim Heideruh. Das wollen wir auch weiterhin.

Durch eine kluge und vorausschauende Finanzwirtschaft ist es uns gelungen alle gegenwärtigen und künftigen finanziellen Verpflichtungen der ISOR abzusichern und eine Erhöhung der Beiträge zu vermeiden....

Bis zum Bewerbungsschluss am 30.06.2013 sind dem Vorstand 16 Bewerbungen für den neuen Vorstand zugegangen. Die Liste der Bewerber wurde in „ISOR aktuell“ veröffentlicht.

Die Entscheidung über den neuen Vorstand ist von der Sache her autonomes Recht und Aufgabe der Vertreterversammlung, und zwar sowohl von der Person her als auch von der Anzahl der Vorstandsmitglieder. Unsere Satzung ist da insofern offen.

Unter Wahrung der Sach- und Rechtslage sind der Vertreterversammlung alle ordnungsgemäß eingereichten Kandidatenvorschläge zur Entscheidung zu unterbreiten. Sie entscheidet, wer das Mandat zur Arbeit im Vorstand erhalten soll. Werden alle 16 Kandidaten gewählt, so ist das zugleich eine Entscheidung über die Stärke des Vorstandes.

Gewählt ist, wer mindestens 50 % der Stimmen der Delegierten erhalten hat.

Der Vorstand hält nach erneuter Diskussion einen neuen Vorstand in Stärke von 16 Mitgliedern für gerechtfertigt. ...Zudem würde ein mitgliederstärkerer Vorstand

ermöglichen, Landesbeauftragte in Flächenländern durch Beiordnung eines weiteren Vorstandsmitgliedes zu entlasten und die Anleitung und Unterstützung der TIG zu qualifizieren.

Die Entscheidung nach Person und Anzahl liegt damit in der Hand der Delegierten.

Liebe Freunde,

Grundlegende Gedanken zur weiteren Entwicklung und Aufgabenstellung unseres Vereins sind bereits im Entwurf der EntschlieÙung unserer Vertreterversammlung enthalten, der zur Diskussion steht und weiter präzisiert und verbessert werden kann. Der Vorstand ist der Auffassung, dass unter Beachtung der Vorschläge und Meinungen aus den TIG zur weiteren Arbeit der ISOR, die in unserer zweitägigen Beratung vorgebracht werden, eine Überarbeitung und Neufassung der politischen Führungskonzeption unseres Vereins erfolgen sollte. Ein gesondertes „Zukunftsprogramm“ erscheint deshalb nicht erforderlich.

Über die Zukunft unserer Initiativgemeinschaft müssen letztlich die Mitglieder entscheiden. Wie bereits 2004 erprobt, schlagen wir bei einer ablehnenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu unseren Verfassungsbeschwerden vor, eine Mitgliederbefragung zu organisieren.

Nach Abschluss und Auswertung der Mitgliederbefragung hätte dann eine außerordentliche Vertreterversammlung die notwendigen Beschlüsse zu fassen.

Dabei ist auch zu beachten, dass allein die Abwicklung der vielen Tausend Verfahren in unserem Anwaltsbüro einen erheblichen finanziellen, technischen und zeitlichen Aufwand bedeutet, Das trifft sowohl für eine negative wie auch für eine positive Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu.

Liebe Freunde,

Der Vorstand der ISOR hat sich in der zurückliegenden Periode bemüht, seine Aufgaben in engem Zusammenwirken mit den TIG zu lösen. Wiederum waren dabei die Landesbeauftragten eine verlässliche Stütze. An dieser Stelle möchten wir ganz besonders die langjährige, zuverlässige und konstruktive Arbeit des Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern, Siegfried Felgner, würdigen, der aus Alters- und Gesundheitsgründen aus dem Vorstand ausscheidet und den wir mit unseren besten Wünschen in den Ruhestand entlassen. Er wird auch weiter aktiv die TIG Schwerin unterstützen und wir wünschen ihm auch persönlich alles Gute.

Bewährt hat sich die halbjährliche Durchführung gemeinsamer Vorstandssitzungen mit wechselnden TIG, die eine realistische Einschätzung der Lage vor Ort ermöglichten und in beiden Richtungen Erfahrungen und Anregungen zur Verbesserung der Vereinsarbeit vermittelten.

In gleicher Weise wurde durch das regelmäßige Auftreten des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter sowie der Landesbeauftragten und der Mitglieder des Beirates in den TIG der Informationsaustausch gewährleistet und der solidarische Zusammenhalt gestärkt.

Viele TIG haben unter jeweils unterschiedlichen regionalen Bedingungen, bei differenzierter personeller Stärke und Zusammensetzung im jeweiligen Wirkungsbereich durch vielfältige Initiativen und Aktivitäten das Leben unseres Vereins und darüber hinaus im Spektrum linker Organisationen bereichert. Beispielhaft nennen möchte ich die TIG Strausberg, die mit anspruchsvollen Veranstaltungen eine feste Größe im politischen Leben der Region geworden ist, die von ISOR maßgeblich mitgetragenen Altmarktreffen, die vorbildlichen sozialen und

kulturellen Initiativen der TIG Quedlinburg, die Mitwirkung von ISOR im Bündnis für soziale Gerechtigkeit in Berlin-Lichtenberg, das Engagement der TIG Schwerin, Erfurt und Uckermark im Wahlkampf der Partei DIE Linke oder die Öffnung der TIG Güstrow für das Bündnis mit progressiven christlichen Persönlichkeiten.

Mitgliederstarke TIG, wie die TIG Dresden und Leipzig, aber auch besonders aktive kleinere TIG, wie die TIG Löbau beziehen TIG aus ihrer Umgebung regelmäßig in anspruchsvolle Veranstaltungen ein. Dabei haben sich gemeinsame Aktivitäten mit der GRH, der GBM oder dem „Rotfuchs“ in allen unseren TIG bewährt.

Besonderes Augenmerk widmeten und widmen wir der Gewinnung neuer Mitglieder und der Zurückdrängung von Austritten.

In beiden Fällen bilden die von § 7 AAÜG Betroffenen den absoluten Schwerpunkt. Von diesen Personen sind zwischen 2003 und 2013 14.980 neu in die Rente gegangen. 4.637 (31 %) von ihnen haben den Weg zu ISOR gefunden. In den letzten 3 Jahren gab es in dieser Kategorie 5.666 Neurentner, aber nur 1.060 neue ISOR-Mitglieder, d.h. 18,7 %. Der Jahrgang 1948, der jetzt in Rente geht, hat bereits länger in der Marktwirtschaft gearbeitet als er im MfS gedient hat. Nicht wenige haben ihren Platz in der heutigen Gesellschaft gefunden, manche sogar im öffentlichen Dienst. Das Potential für die Mitgliederwerbung ist also trotz erheblicher Zahlen von Neurentnern objektiv geringer geworden. Das bedeutet aber nicht, die Anstrengungen um die Gewinnung neuer Mitglieder aufzugeben. Für nicht wenige ehemalige Angehörige des MfS, die in den letzten 23 Jahren von Arbeitslosigkeit und prekären Beschäftigungen mit niedrigen Einkommen betroffen waren, ist die Dienstzeit im MfS trotz Straffrente der ertragreichste Teil ihrer Rentenbiografie.

Wir haben der Delegiertenmappe eine Aufrechnung beigelegt, was die Beseitigung der Straffrenten konkret an Rentenzuwächsen bedeuten würde. Daraus ist zu ersehen, dass selbst bei relativ kurzen Dienstzeiten im MfS spürbare Rentensteigerungen zu erwarten wären.

Bewährt hat sich auch, bei verstorbenen Mitgliedern Hinterbliebene zur Weiterführung der Mitgliedschaft zu bewegen, sofern sie nicht bereits ISOR-Mitglieder waren.

Leider haben wir immer wieder Austritte von Mitgliedern zu verzeichnen, die z.T. sogar nach längerer Mitgliedschaft resignieren und nichts mehr von ISOR erwarten. Es war oft erfolgreich, solche Mitglieder nicht einfach ziehen zu lassen, sondern zu versuchen, mit ihnen über die Gründe des Austritts ins Gespräch zu kommen. Wo das erfolgte – die TIG Berlin.Hohenschönhausen hat das z.B. bei allen Austritten zum Arbeitsprinzip gemacht – war ein solches Vorgehen in mehr als der Hälfte der Fälle erfolgreich. Irgendwie ist es nicht nachvollziehbar, dass kurz vor einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes die Mitgliedschaft aufgekündigt wird, zumal finanzielle Gründe nicht zählen, da wir bei sozialen Notlagen die Mitgliedsbeiträge reduzieren oder zeitweise ganz erlassen können.

Unser Mitteilungsblatt „ISOR aktuell“ hat Ende letzten Jahres sein 20-jähriges Bestehen feiern können. Es hat sich qualitativ weiterentwickelt und ist für die Information und Mobilisierung der Mitglieder unersetzbar.

Fest etabliert hat sich auch unsere Internetpräsentation. Auch wenn sie nur einen Teil der Mitglieder erreicht, ist sie für die Außenwirkung unseres Vereins in der sich entwickelnden digitalen Welt von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Die Arbeitsgruppen Recht des Vorstandes und der TIG haben weiter dazu beigetragen, Mitglieder bei der Verfolgung ihrer Rechtsansprüche aktiv zu unterstützen und zu ermutigen. Wir orientieren auch weiterhin auf die Einreichung von Widersprüchen zu Rentenbescheiden und die Einreichung von Klagen, wenn

solche Widersprüche abgelehnt werden. Sie sichern nicht nur Rechtsansprüche bei evtl. gesetzlichen Veränderungen. Sie sind auch durch ihre Vielzahl ein gewichtiges Argument, endlich eine befriedigende Lösung zu schaffen.

Bei allen unseren Vorhaben konzentrieren wir uns stets auf das real Mögliche und Machbare unter den konkreten Verhältnissen in den TIG, die sich sehr differenziert darstellen. Bei größeren Vorhaben hat es sich vielfach bewährt, gemeinsame Veranstaltungen mehrerer TIG zu organisieren oder mit den uns befreundeten Verbänden und Vereinen zusammenzuwirken.

Wir begrüßen heute erneut Vertreter unserer Freundeskreise West, in denen sich politisch aktive ISOR-Mitglieder mit Wohnsitz in den alten Bundesländern zusammengefunden haben. Auch wenn sie personell begrenzt sind und über weite Territorien agieren, tragen sie in verdienstvoller Weise dazu bei, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder zu fördern und unsere solidarische Gemeinschaft zu stärken.

ISOR steht und fällt mit den Aktivitäten seiner Mitglieder. Wir danken von dieser Vertreterversammlung aus allen, die unserer Organisation oftmals schon über zehn und zwanzig Jahre die Treue gehalten haben und ganz besonders jenen, die aktiv unser Vereinsleben gestalten, den TIG-Vorsitzenden, den Mitgliedern der Vorstände und der Arbeitsgruppen Recht, den Gruppenbetreuern und Kassierern, den Kassenprüfern und allen anderen Funktionären, wie auch denen, die durch ihre Beiträge „ISOR aktuell“ mitgestalten.

Mit besonderer Hochachtung würdigen wir die Mitarbeit jener Mitglieder, deren Rentenproblem bereits gelöst ist oder die trotz ihres hohen Alters und trotz eingeschränkter Gesundheit weiter solidarisch an unserer Seite stehen, obwohl sie keine oder keine nennenswerten persönlichen Vorteile zu erwarten haben.

Liebe Vereinsfreundinnen und –Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste,

Karl Marx betonte einmal: „Die soziale Revolution kann ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit schöpfen, sondern nur aus der Zukunft.“

Die stabile, solidarische Gemeinschaft unseres Vereins berechtigt uns, optimistisch in die Zukunft zu blicken. Wir haben nichts zu verlieren, aber Vieles zu gewinnen. In diesem Sinne wünsche ich uns allen auch weiterhin viel Erfolg!